

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 6 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Hermann-Dietrich Verlag GmbH
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Marx für Keudell.

Wirth soll in die Verjüngung verschwinden.

Die „Tägliche Rundschau“ weiß zu melden, daß der Reichskanzler Marx demnächst, vielleicht schon morgen, im Reichstag eine Erklärung für Herrn v. Keudell abgeben wird.

Diese Erklärung soll dann angeblich das Ergebnis einer Untersuchung sein, die gegen den neuen Reichsinnenminister geführt wird. Aber schon längst ist bekannt, daß die Deutschnationalen entschlossen sind, Herrn v. Keudell, ganz gleich, was bei der „Untersuchung“ herauskommt, zu halten, und daß das Zentrum sich diesem Wunsch seiner Koalitionsgenossen füge n will.

Unter solchen Umständen hat die sogenannte „Untersuchung“ gegen Keudell gar keinen Wert. Sie hat nur den Zweck, ein Ergebnis herbeizuführen, das den Parteien des Bürgerblocks scheinbar die Möglichkeit gibt, einen unmöglich gewordenen Reichsinnenminister zu halten.

Die Rechtspreffe tut so, als ob das Verbleiben Keudells im Amte für die Sozialdemokratie ein schwerer Schlag wäre. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Vom Standpunkt der Opposition aus können wir uns gar nicht besseres wünschen, als daß die neue Bürgerblockregierung mit diesem Reichsinnenminister belastet bleibt und daß das Zentrum Arm in Arm mit diesem Mann vor den Augen des Volkes erscheint. Das Zentrum mit Keudell gegen Wirth — dieses Bild wird genügen, um den demokratisch gesinnten Elementen im Zentrum, vor allem den christlichen Arbeitern zu zeigen, auf welchem Weg ihre Partei geraten ist.

Allerdings scheint im Zentrum nur wenig Neigung zu bestehen, die Auseinandersetzung mit Wirth auf die Spitze zu treiben. Man wäre schon froh, wenn Wirth für einige Zeit aufhören wollte zu schreiben und zu reden. In diesem Sinne erklärt der Abg. Joos in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“:

Soweit wir wissen, hat er keine sonstige Aktion vor. Anderslautende Ausströmungen sind falsch. Die letzten Wochen haben ihm körperlich und seelisch schwer zugesetzt. Wahrscheinlich wird er sich für eine längere Zeit zurückziehen. Er denkt nicht daran, der Partei im Lande irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Diese Sachlage und die verhältnismäßig ruhige Haltung der Masse unserer Parteifreunde ermöglicht, so will uns bedünken, eine Behandlung dieses neuen Falles Wirth in einer Art, die der Geschlossenheit der Partei dienlich sein kann, ohne unnötige Belastungsprobe. Es ist jetzt so einfach, den Stab über den zu brechen, der offen gegen

die Fraktionsdisziplin verstoßen hat. Diejenigen aber, die Lust dazu haben, mögen noch einen Augenblick überdenken, was ein Dr. Wirth im Laufe der vielen Jahre in der Partei für die Partei und für das deutsche Volk Positives geleistet und was man ihm zu verdanken hat. Zu rechter Zeit erinnert der bairische Parteichef daran. Wir, vielleicht gerade wir in der Zentrumsparthei, vergessen ja alle so leicht, aber nicht nur das Ungünstige, sondern namentlich das Gute.

Joos schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Unter denen, die diesen so rätselhaften wie bedauernden zweiten „Fall Wirth“ ohne Rat zum Anlaß nehmen, um „endlich mit ihm abzurechnen“, wird der Abgeordnete Joos weder heute noch morgen zu finden sein. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ auch nicht. Neben der Disziplin, neben Recht und Gerechtigkeit, die sein müssen, gilt es, in solchen Fällen auch eine allgemein menschliche Würde zu wahren. Und diese Würde muß sich zum mindesten offenbaren in der Art, wie man sich Gewissenskonflikten gegenüber verhält, in die der Nächste, vom Freund gar nicht zu reden, verstrickt worden ist.“

Man wird beim besten Willen diese „Verteidigung“ Wirths nicht sehr stark finden können. Aber es ist für einen Zentrumsmann unmöglich, Wirth zu verteidigen, ohne die Politik des Zentrums aufs schärfste anzuklagen. So bleibt nun der — für einen Freund allerdings seltsame — Trost, Wirth sei durch das Erleben mit seiner eigenen Partei körperlich und seelisch so mitgenommen, daß von ihm keine weiteren Angriffe zu befürchten seien.

Keudell, der Kappist, triumphiert. Wirth, der Republikaner, wird kaltgestellt — auch das gehört zum Bilde der neuen Zentrumspolitik!

Keudell-Erklärung im Reichstag.

Aber Furcht vor einer Ausdrucksprache.

Die Reichsregierung hat die Absicht, am morgigen Freitag in der Reichstags-Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung über die Anschuldigungen gegen den Reichsinnenminister von Keudell abzugeben; dagegen soll die Interpellation wegen Keudell erst beim Etat des Reichsministeriums des Innern beantwortet und mitberaten werden. Ueber eine vor der Tagesordnung abgegebene Erklärung gibt es nach der Geschäftsordnung keine Debatte, es sei denn, daß der Reichstag die Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung beschließen würde, was aber mindestens zweifelhaft ist.

Neue deutsch-französische Verhandlungen.

Bestrebungen nach einer vorläufigen Regelung.

Zu den deutsch-französischen Verhandlungen über die Verlängerung des Handelsabkommens erfahren wir noch, daß seinerzeit die deutsche Regierung eine Verlängerung des Provisoriums um drei Monate angeboten hat, während die französische Regierung zunächst nur an eine Verlängerung um sechs Wochen dachte. Das deutsche Angebot ist indes nicht angenommen worden, da die französische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß sie bei einer Verlängerung unter allen Umständen deutsche Zollzugsstände für die Einfuhr von Wein erhalten müsse. Die Verhandlungen gehen weiter und es ist nicht ausgeschlossen, daß man noch zu einer Einigung kommt. Falls jedoch ein vertragsloser Zustand eintritt, so ist, wie man in informierten Kreisen glaubt, ein zollkriegsähnlicher Zustand nicht zu erwarten; man würde vielmehr dann die Verhandlungen über den endgültigen Vertrag beschleunigt weiterführen. Insbesondere glaubt man nicht, daß Frankreich bezüglich der im Provisorium geregelten Einreise- und Niederlassungsrechte Schwierigkeiten machen würde, falls ein vertragsloser Zustand eintritt. Dagegen wird jedenfalls, wenn das Provisorium fortfällt, auch das eine der beiden Saarabkommen, das mit gleicher Vertragsdauer abgeschlossen ist, außer Kraft treten.

Vor dem Abbruch mit Polen.

Die deutsche Regierung verhandelt nicht mehr.

Obwohl formell der Abbruch der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen noch nicht vollzogen ist, sind sachlich kaum noch Verhandlungsmöglichkeiten zu sehen. Die schlesische Industrie befürchtet mit Recht schwere Störungen ihres Absatzes, die eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit herbeiführen würden. Nach einer polnischen Mitteilung war für den 9. Februar, 11 Uhr mittags, im Auswärtigen Amt eine Sitzung der Kommission für die Rechte der physischen und juristischen Personen vereinbart worden. Kurz vor Beginn dieser Sitzung teilte der Vorsitzende der deutschen Handelsdelegation dem polnischen Verhandlungsführer telefonisch mit, daß die Sitzung nicht stattfinden und auch kein neuer Termin für die Sitzung in Ermägung gezogen werden könne.

Polnische Blätter befürchten übrigens von dem Scheitern der Wirtschaftsverhandlungen, daß die für Polens Wirtschaft erforderliche und bereits eingelieferte amerikanische nicht zustande kommt. Ob diese Befürchtung auch von der polnischen Regierung soweit geteilt wird, daß diese Vorschläge zur Beseitigung des Konfliktmachi, dafür liegen noch keine Anzeichen vor.

Vor sieben Jahren.

Erinnerungen an Rapp-Keudell-Tagen.

Von Karl Severing.

In der zweiten Februarwoche des Jahres 1920 traten in Essen unter Beteiligung einiger Reichsminister und anderer Behördenvertreter die Vorstände der Organisationen im Bergbau zusammen, um über die Art der Mehrförderung von Kohlen zu beraten. Das Ergebnis war die Erklärung der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern die Leistungen von Ueber-schichten zu empfehlen. Die Kohlenrat hatte zahlreiche Betriebe der Urproduktion und der weiterverarbeitenden Industrien zum Erliegen gebracht. Der Wohnungsbau stockte, weil Ziegeleien und Zementfabriken nicht beliefert werden konnten. Die Lebensmittelzufuhr aus dem Ausland drohte zu versiegen, weil eines der wichtigsten Zahlungsmittel, die Kohle, der Regierung und der Wirtschaft nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stand. In dieser Situation war der Beschluß der Bergarbeiterorganisationen und des Zechenverbandes die erste Hilfe, ein erster und bedeutungsvoller Schritt zum Wiederaufbau der zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft.

Das Ergebnis wurde sofort fühlbar. Die Förderung stieg. Mit dem ersten Plus konnten die Bedürfnisse der schwerarbeitenden Bergarbeiter nach ausreichender Ernährung befriedigt werden. Die Fett- und Speckprämiolen waren eine willkommene Zuhilfe zu den mageren Rationen der Nachkriegszeit. Bald konnten auch die weiterverarbeitenden Industriezweige wieder reichlicher beliefert werden. Da stellte es sich heraus, daß neben der Steigerung der Kohlenförderung auch eine Verbesserung der Beförderung notwendig sei, teilweise durch Leistung von Ueberarbeit im Eisenbahnbetrieb. Die Verhandlungen mit den zuständigen Organisationen führten zum Erfolg. Am 12. März unterbreitete ich dem Minister dieser den fertigen Plan, der u. a. auch die Gewährung von besonderen Lebensmittelprämien an die Eisenbahner enthielt. Dieser war hocherfreut. Allmählich schien die Wirtschaft und der Verkehr wieder in den geregelten Gang zu kommen.

Da fiel ein Keil in der Frühlingsnacht! Ich war noch auf der Fahrt von Berlin nach Münster, als mich am Morgen des 13. März in Minden die Nachricht vom dem Verbrechen der Rapp und Lütjwisch erreichte. Was der Putsch für den Westen bedeuten würde, war mir sofort klar. Die mühevollte Arbeit eines Jahres, der langsame Wiederaufstieg in den Stätten der Urproduktion, das Werk, an dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Zentralstellen in Berlin und die Behörden am Orte fleißig mitgearbeitet hatten, war vernichtet. Jetzt kam es darauf an, die Substanz der deutschen Wirtschaft, die Kohlen und Schachtanlagen zu retten, die Arbeitsgemeinschaft des Zechenverbandes und der Arbeiterorganisationen, wenigstens zu diesem Zwecke zusammenzuhalten.

Es gelang. Einnützig erklärte die Arbeitsgemeinschaft am 16. März — für den Zechenverband Generaldirektor Wiskott — unter anderem:

Im Einverständnis mit den Reichskommissar Severing belächelt die Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrkohlenbergbau was folgt: Die Arbeitsgemeinschaft verurteilt entschieden jeden Versuch einer gewalt-samen Regierungs- und Verfassungsänderung, so auch die jähigen Vorgänge in Berlin.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenregulativ hat von Herrn Rapp keinerlei Anweisungen über die Kohlenverteilung zuzugewinnen. Es wird ein paritätisch zusammengesetztes Ausführungskomitee gewählt, das ermächtigt ist, in Verbindung mit dem Reichskommissar Severing eilige Entscheidungen zu treffen — wegen Sperrung oder Kürzung der Kohlenlieferung an solche Gebiete, die sich nicht auf den Boden der Reichsverfassung stellen.

Endlich wurde in der längeren Entschließung als die Willensmeinung aller Beteiligten festgesetzt, an dem Wesen und an den Zielen der Arbeitsgemeinschaft festzuhalten.

Politisch bedeutsam bleibt an dieser Stellungnahme die unbedingte Verurteilung und Abweisung Rapps und die Bereitschaft, einen Wirtschaftskrieg mit den Gebietsrivalen zu wagen, die sich nicht auf den Boden der Reichsverfassung stellen. Und dazu erklärten sich Männer, wie Sinnes, Wiskott, Thoffen usw. bereit, Männer, die an dem neuen Staat, insbesondere an seiner Wirtschaftspolitik, nicht gerade wenig auszusetzen hatten.

Und die andern, die dem neuen Staat und seiner Regierung die Treue geschworen? Wären sie alle auch nur so klug — von Treue möchte ich in diesem Zusammenhang gar nicht reden —, gewesen, wie die Wirtschaftsführer des Westens, dann hätte Herr Rapp keine sechs Stunden regiert. Dann hätten sich auch die Blutbäder vermeiden lassen, die nun den Boden in Schlefien, Mitteldeutschland und besonders im Westen mit Arbeiter- und Soldatenblut färbten. Aber sie waren nicht alle klug, und sie waren auch nicht alle mutig. So viele, wie sie, gerieten ins Wanken. Wer von diesen vielen die 51 Proz. Wahrscheinlichkeit des Sieges der Rapp und Konföderierten für gegeben erachtete, stellte sich schnell auf den Boden der neuesten Tatsachen. Die andern begnügten sich mit einem passiven Gehens- und Geschehenlassen; niemand aber von diesen sonderbaren Hütern der Verfassung machte sich Gedanken darüber, wie die wild gewordenen Soldner aus dem Döberitzer Lager Deutschland regieren, wie sie die Zukunft unseres Volkes gestalten würden.

Japan anerkennt Kantons Macht.

„Ganz China wird Kantons Einfluß unterliegen.“

Tokio, 10. Februar. (Reuter.) Der Chef des Vertragsbureaus des japanischen Auswärtigen Amtes Saburi, der nach längerer Untersuchung über die Lage in China soeben nach Tokio zurückgekehrt ist, hat der Presse erklärt, daß er der Ansicht ist, daß der Einfluß der Kantongregierung schließlich in ganz China sich geltend machen wird und daß infolgedessen Japan und die übrigen Mächte es sich nicht länger leisten könnten, die Lage unberücksichtigt zu lassen.

England rechtfertigt sich vor dem Völkerverbund.

London, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat an den Generalsekretär des Völkerverbundes einen Brief gerichtet, in dem sie ihre Chinapolitik darlegt. Der Brief soll nach dem Wunsch der englischen Regierung zur Information an alle Mitglieder des Völkerverbundes weitergeleitet werden.

Aus Hongkong sind zwei aus Indien und England angekommene Bataillone Infanterie nach Schanghai weitertransportiert worden.

Eine Riesenkundgebung der Arbeiterschaft.

London, 9. Februar. (W.B.) Einer verspätet aus Hankau eingetroffenen Meldung der „Times“ vom 7. Februar zufolge wurde an diesem Tage in Hankau eine Kundgebung veranstaltet, an der nicht weniger als 80 000 Arbeiter teilnahmen. Es waren fünf Rednertribünen errichtet. An der Haupttribüne hingen Photographien von Sunjatsen, Karl Marx, Lenin und den von der Nordregierung im Februar 1923 hingerichteten Aufständischen. Die Versammlung begann damit, daß der Führer die Anwesenden aufzuforderte, sich dreimal vor den Photographien zum Zeichen der Huldigung zu verneigen. Hierauf sprach er der Versammlung vierzehn Leitsätze vor, die die Versammelten wiederholten. Die Leitsätze enthielten u. a. eine Lobpreisung der Verstorbenen, eine Verurteilung der Imperialisten, die Forderung einer Aufrechterhaltung der Borrechte der Arbeiter und das Verlangen nach Zusammenarbeit mit Sowjetrußland.

Es steht faul mit den Klassen der Völkischen. Wie die „Münch. N. N.“ berichten, hat Hauptmann a. D. Röhm heute eine zehntägige Haftstrafe in Stadtheim angetreten. Röhm wurde bekanntlich wegen seines beleidigenden Auftretens vom Gemeinderat des Reichstags in der Münchener Tagung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Da eine förmlich vorgenommene Föndung ergebnislos war, wurde wegen der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe diese in eine Haftstrafe umgewandelt.

Zum zweiten Male reiste die republikanische Arbeiter- und Beamenschaft Deutschland vor dem völligen Chaos. Das Häufchen Raslosigkeit und Blindheit, das sich am 13. März in der Reichskanzlei niedergelassen hatte, mußte nach fünf Tagen abziehen. Kapp stieg, aber die Bertapten blieben. Sie waren nun wieder ganz ordentlich und „verfassungstreu“, — wie sie es aussahen. Daß der deutschen Wirtschaft neue Wunden geschlagen waren, auch durch ihre Torheit und Feigheit, daß hunderte blühende Menschenleben vernichtet, Tausende ihrer Freiheit beraubt waren, — das alles kümmerte sie kaum.

Aber die preussische Regierung dachte daran. Ihr war, wie allen anderen deutschen Regierungen durch die „Berliner Richtlinien“ die Verpflichtung auferlegt, den Verwaltungsapparat von solchen Beamten zu reinigen, deren Verfassungstreue nach den Vorgängen im Kapp-Putsch in Zweifel gezogen werden mußte. Die preussische Regierung ist dieser Verpflichtung gerecht geworden. Wo insbesondere die politischen Beamten, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte in der Kapp-Zeit zu Ausstellungen Veranlassung gegeben hatten, wurden sie rücksichtslos von ihren Posten entfernt. Das war die Regierung dem Volke, der Verfassung, das war sie aber auch sich selber schuldig. Die Republik hätte ihre Abdankungs-urkunde schreiben können, wenn sie noch länger geduldet hätte, daß monarchistisch und militaristisch eingestellte Beamte in Befehrsstellungen zu ihrem „Schutz“ tätig geblieben wären. Eine Provinz nach der andern wurde geprüft mit dem Ziel, eine Beamenschaft einzufinden, die bereit war, „mit der Staatsregierung Preußen zu einer Demokratie und die Preußen zu Demokraten zu machen“.

Die Deutschnationalen waren unzufrieden, denn es waren zumeist ihre Leute, die nun aus den Staatsstellungen weichen mußten. Ihr Sprecher im Landtag, Abg. Graf Anklam, zog alle Register. Er drohte, — das machte keinen Eindruck. Dann zog er andere Saiten auf: Man habe schon Landräte entlassen, gemahregelt und beurlaubt, — den gutgläubigen Mittläufern solle man die Amnestie nicht versagen. Ich habe damals die Landräte gegen die Auffassung des deutschnationalen Redners in Schutz genommen. Wenn ihre Haltung auch ein unglaubliches Maß von politischer Torheit verriet, so haben die Herren doch sehr gut gewußt, worauf es den Kapp und Lüttich ankam. Es blieb darum selbstverständlich bei den Entscheidungen des preussischen Staatsministeriums.

Nun hat man damals — und auch in den letzten Tagen wieder — zur Rechtfertigung der Kapp-Beamten ferner gesagt, daß die Herren am 13. März nichts anderes getan hätten, wie die Herren am 9. November 1918, als sie sich nach der Revolution den neuen Machthabern zur Verfügung gestellt hätten. Das ist eine Ausflucht der Dummheit oder der Unwahrhaftigkeit. Wer den gewaltigen Unterschied zwischen der geschichtlichen Bedeutung des 9. November, den Schlüsselpunkt einer gewaltigen organischen Politik und sozialen Entwicklung, und den Wahnsinnsakt der Kapp und Lüttich nicht versteht oder verstehen will, mit dem ist nicht zu diskutieren. „Darfst du der Ehrsucht blutige Schuld vermengen mit der gerechten Notwehr eines Vaters?“ — antwortet Teil dem Particida, der sich zur Entschuldigung seiner Mordtat auf Tella Gehler-Schutz beruft.

Es ist nützlich, von Zeit zu Zeit Aufzeichnungen der Vorgänge zu studieren. Ich kenne ein kleines Schriftchen, das über die Stellung eines Handlungsgehilfenverbandes zum Krieg Aufschluß geben soll. Ich lese folgende Sätze:

Die herrschenden Klassen im Obrigkeitsstaat waren unbelehrbar. Indem sie sich nicht befehlen ließen, wurden sie zu Verbrechern am Volke und verfielen mit Notwendigkeit der rächenden Hand der historischen Gerechtigkeit.

Das schrieb Walter L a m b a c h, heute deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. Auch bei den Deutschnationalen weiß man, daß der 9. November kein Putschtag war, wie der

13. März 1920, und daß die Verteidigung der Kappisten mit dem Hinweis auf die angeblich gleiche Bedeutung der beiden Tage eigentlich nur eine neue Beschuldigung darstellt.

Die Republik ist heute gesichert. Von dem Donner des Ministers Hergt gegen die Republik ist nicht einmal ein sanftes Säujeln übrig geblieben. Herr Hergt ist ein ehrenwerter Republikaner, und alle, alle sind sie republikanisch ehrenwert! Die Republik ist ja gesichert. Aber wie, wenn ihrem Bestand Gefahr droht? Wenn, wie vor sieben Jahren, Dummheit und Landsknechts-Machtspiel sich aufs neue erhebt?

Die Gefahr ist nicht mehr groß. Trotzdem erscheint mir folgendes richtig: Der wahre Schutz der Republik kann nur das Wert der Republikaner selbst sein.

Die deutschnationalen Regierer.

Und ihre Trompeter im Lande.

Die „Deutschnationale Parteikorrespondenz“, jetzt unter dem Namen „Täglicher Dienst für nationale Zeitungen“ erscheinend, bemüht sich, für die neue Bürgerblock-Regierung Stimmung im Lande zu machen. Sie tut das, indem sie über die gestrige Reichstagsjitzung folgenden „Bericht“ verbreitet:

Bei schwacher Besetzung des Hauses traten schwächliche Redner der Opposition auf, um gegen die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über die Grundschuln zu polemisieren. Die Sozialdemokraten schickten Herrn Löwenstein, — die Kommunisten Herrn Rosenbaum ins Treppen! Was der Löwenstein ist, will er unbedingt befehlen die privaten Grundschuln, weil darin wird groß gezüchtet kapitalistischer und monarchistischer Geist! Weib geschrien! Das Rosenbäumchen, das lieblich duftende, bebauert die Abwesenheit des Herrn Reichsinnenministers, den er als „Feldmarschall von Jägerfeld“ bezeichnet. Was für a feiner, was für a piekfeiner Wig!

In ähnlicher Weise wird auch der Genosse Silberbach mit, der weißhaarige Führer der Bauarbeiter, antisemitisch angepöbelt.

Nun tritt sich aber selbst, das gerade heute im „Deutschen Tageblatt“, dem Organ der Völkischen, eine Besprechung über das „Komitee Pro-Palästina“ veröffentlicht wird, in der es heißt:

Katharina von Oheimb — na, es mag hingehen. Daß der deutschnationale Professor Hochsch aber mit dem Rabbiner Baed im Vorstand zusammensitzt, ist ein Bild von erschütternder formidabler Gewalt und sollte von den Illustrierten Beilagen der deutschnationalen Presse im Volk verbreitet werden.

Ausnahmeweise können wir diesen Vorschlag zustimmen. Das Bild würde aufs neue die Doppelzüngigkeit der Deutschnationalen erweisen, die in der „Gesellschaft“ sehr judenfreundlich sich gebäuden, in ihrer Provinzpresse aber an die niedrigsten antisemitischen Instinkte appellieren.

Die neuen Germanen.

„Quoten“, Femstern und völkischer Offizierverband.

Was ein richtiger „völkischer Führer“ ist, der hat es wirklich nicht leicht. Erstens laufen ihm regelmäßig die Gefahren davon, um einen eigenen Betrieb zu eröffnen. Zweitens weiß er sich vor lauter Ehrenmännern und Ehrenhändeln nicht zu retten.

Einer der lauesten und unintelligentesten Kaiser im Streit ist Wilhelm Henning, wie er sich selbst bezeichnet: „Königlich Preussischer Major a. D. R. b. R.“ Das letztere heißt nicht etwa „Major der Republik“, sondern Mitglied des Reichstags! Befogter Henning, der sich im Reichstag durch besonderes Ansehen auszeichnen pflegt, sieht sich jetzt genötigt, in dem noch immer vegetierenden völkischen Blättchen gegen den „Bund der Quoten“ und dessen Blatt „Der Femstern“ zu Felde zu ziehen. Dort war ihm vorgeworfen worden, er hätte sich vor einem Duell mit einem früheren Korvettenkapitän gedrückt! Gegen so schweren Vorwurf versichert Henning, daß die Akten über alle seine Ehrengangelegenheiten — wie viele? — seit langen Jahren bei den

„Ehreninstanzen“ des Nationalverbandes deutscher Offiziere (Fraktion Ludendorff) liegen. Und dann fährt er fort:

„Im übrigen habe ich es für unzer meiner Würde, nach all dem, was ich über den „Bund der Quoten“ erfahren habe, mich mit dieser Gesellschaft abzugeben. Ich habe noch niemals in meinem Leben irgendwo so viel Schmutz und Stunk und Verleumdung und Amoral gefunden wie im „Bund der Quoten“. Ich kann nur hoffen, daß endlich der Staatsanwalt sich dieser Gesellschaft annimmt, was eigentlich schon lange hätte geschehen müssen. Ich habe im Nationalverband deutscher Offiziere eine Untersuchung beantragt dahingehend, ob ein Mitglied des Nationalverbandes deutscher Offiziere überhaupt noch Mitglied des „Bundes der Quoten“ sein kann.“

In gemeinverständliches Deutsch übersetzt heißt das: der Nationalverband deutscher Offiziere, die reinrassigste Edelgermanen-jungst, so auf dieser Erde herumläuft, umschließt Mitglieder, die „so viel Schmutz und Stunk und Verleumdung und Amoral“ zusammenballen, daß es sogar einem echt völkischen Reichstagsabgeordneten zuviel wird!

Wir wagen da nicht zu widersprechen. Nur fällt uns das schöne Wort ein: „Sage mir, mit wem du umgehst und ich will dir sagen, wer du bist!“

Die Ehescheidungsreform.

Weitere Beratungen im Rechtsausschuß.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde heute die Beratung der Anträge auf Reform des Ehescheidungsverfahrens zu Ende geführt.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) bezweifelte, daß es jemals gelingen werde, die Länge in Ehescheidungsprozessen auszuscheiden. Auch die Einführung der objektiven Eheerrüttung als Scheidungsgrund werde daran nichts ändern. Eine bessere Lösung wäre vielleicht die Uebernahme des Schweizer Rechts von 1907. Danach ist derjenige Teil nicht zur Scheidungsklage berechtigt, auf dessen Schuld vorwiegend die Zerrüttung zurückzuführen ist. Kostendruck wäre eine Reform in der Richtung, daß bei Psychopathen die Scheidung auch zulässig ist, wenn Geisteskrankheit nicht nachzuweisen ist. In diesem Falle dürfte auch dem Kläger nicht die Unterhaltspflicht auferlegt werden.

Abg. Dr. Lohmann (Dnat.) erklärte, am Verschuldungsprinzip müsse grundsätzlich festgehalten werden. Die objektive Zerrüttung als Scheidungsgrund werde die jetzt bedauerlichen Mängel des Verfahrens nicht beseitigen, höchstens dann, wenn beide Parteien in dem Willen zur Scheidung einig sind.

Abg. Frau Weber (J.) betonte, die sakramentale Unauflöslichkeit der Ehe im Katholizismus habe an sich für das Zentrum nichts mit dem Ehescheidungsrecht zu tun. Aus rein staatsbürgerlichen Gesichtspunkten heraus wende sich das Zentrum gegen den Begriff der objektiven Zerrüttung.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) erwiderte, die Hoffnung der Vorrednerin auf eine bessere Verhandlungspraxis der Richter könne sich erst verwirklichen, wenn die enge Begrenzung des Verschuldungsbegriffs aus dem Gesetz herausgenommen wird.

Abg. Landsberg (Soz.) stellte die Einmütigkeit aller Parteien darin fest, daß der Ehescheidungsprozess von dem Schmutz befreit werden soll, der ihm jetzt anhaftet. Wenn der Scheidungsgrund der Geisteskrankheit festgestellt ist, dann sollte die jetzt bestehende Karenzzeit ganz fortfallen. Der Begriff der objektiven Zerrüttung ließe sich vielleicht so einführen, daß im Gesetz die Scheidung zugelassen wird, wenn die Voraussetzungen der Ehescheidung gegeben wären, falls nicht derjenige Teil, dem die Zerrüttung zur Last fällt, für die Eigenschaften, die die Zerrüttung zumeist gebracht haben, subjektiv nicht verantwortlich gemacht werden kann. Damit könnten die psychopathischen Grenzfälle getroffen werden.

Abg. Dr. Barth (Dnat.) wendet sich gegen einen Erlaß des Verschuldungsprinzips durch das Zerrüttungsprinzip.

Abg. Frau Dr. Stegmann (Soz.) hielt eine Zerrüttung der Ehe für gegeben, wenn die Ehegatten schon jahrelang getrennt leben, wenn beide Teile die Scheidung wollen oder wenn der eine Teil sich nachweisbar nur aus niedrigen, selbstsüchtigen Motiven der Scheidung widersetzt. Schwere Hysterie müßte immer als Scheidungsgrund anerkannt werden, auch wenn sie sich nicht in rohen Formen äußert. Die Entfelderung der Ehescheidung sei keineswegs eine Schädigung der Frauen. Gerade von den Frauen werde diese Forderung erhoben.

Die Verhandlung wurde hierauf vertagt.

Steh auf, mein Volk!

Die Erde beb't mit unserem Schritt,
Die Stunden fließen schneller,
Wach auf, Werkstoff, und schreite mit,
Der Tag wird hell und heller!

Der Tag wird reif, Gerechtigkeit
Soll Schnitterwerk vollenden
Und soll in Zeit und Ewigkeit
Der Erde Segen spenden.

Und soll aus Krieg und Not erwacht,
Nie wieder unterliegen;
Wir aber wollen, jormentfacht,
Den letzten Haß besiegen.

Wir sind von Blut und Jorn erschafft
Am Völkerecht die Wachen —
Wir sind wie Blut voll Flammenkraft!
Wir sind im Recht der Schwachen!

Steh auf, mein Volk! Der Schiefer fällt,
Die alten Reiche beb'en;
Wir aber zwingen eine Welt
Uns Nach! und Tod zum Leben.

Früh M u c h e, Metallarbeiter.

Umgestaltung des Kronprinzenpalais. Prof. Heinrich Jessenow, der kürzlich aus Dresden an die Berliner Hochschule berufene Architekt, hat den Auftrag erhalten, ein Gutachten für die Anpassung des früheren Kronprinzenpalais an seine jetzige Bestimmung für die neuere Abteilung der Berliner Nationalgalerie zu erstatten. Mit dem 1. April übernimmt die Preussische Kunstverwaltung u. a. auch das Kronprinzenpalais, und die Frage, wie die ja sehr nur behelfsmäßig für die Galerie eingerichteten Räume dann ausliehen sollen, wird akut. Der Etat für 1927 hat einen Betrag für „außerordentliche Bauarbeiten“ an diesem Teile des Kronprinzenpalais eingestellt; er soll für die Fassadenherstellung an der Bordenstrasse des Gebäudes bestimmt sein. Da es sehr zu begrüßen, daß Jessenow, der die vorjährige Dresdener Kunstschau so schön ausstaltete, voraussichtlich auch im Innern dieser Nationalgalerie-Abteilung bessernd wird eingreifen können.

Eröffnung des Berliner Carnegie-Lehrstuhls. Der Vorstand der Carnegie-Stiftung in New York hatte beschlossen, an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin einen Carnegie-Lehrstuhl zu errichten. Dieser Lehrstuhl wird nunmehr eröffnet. Sein erster Inhaber ist Dr. James L. Schowell,

Professor der Geschichte an der Columbia-Universität in New York. Er ist loeben in Berlin eingetroffen, um zunächst für die Studierenden der Hochschule für Politik einige Spezialvorlesungen zu halten. Die öffentliche Festvorlesung findet am 1. März, mittags 12 Uhr, im großen Hörsaal der Hochschule statt.

Hilde Strinz gab mit ihrer Magdeburger Tanzgruppe einen Abend im Blüthenaal. Verstärkte den Eindruck, den wir von ihr als Solistin gewonnen hatten. Folgte in einem „Vortheilichen Langstück“ einige Kompositionen ohne originelle Motive, aber mit sicherer und klarer Raumgestaltung. (Im schönsten im 5. Satz „Finale mit Gruppe“) Brachte unter den „Angelegenen Nidern“ einen „Nachgelang“, in dem starke Empfindung zu eindrucksmächtigen tänzerischen Formen gestaltet war. Ihr Einsetzen, künstlerisch vornehm, technisch vollendet, aber nicht selten trampelhaft überhöht, die physische Kraft der Tänzerin sichtbar erschöpfend. (In der Aktion der Hände Ballettrempelezen.) Die Gruppe noch unausgeglichen, lechter technischer Sauberkeit und Exaktheit entbehrend. Gesamteindruck: redliche Arbeit, sympathische Leistungen, aber das meiste erdache und konstruiert, nicht gelohnt und erlebt. Daher nur in wenigen Momenten wirklich packend, in seelische Tiefen greifend. J. S.

„Wilhelm Busch, der lachende Welle“. Unter diesem Titel veranstaltete die Berliner Rezitatoren und Märchenerzählerin Marie Schipmann, die Tochter unseres Genossen Prof. Heinrich Cuno, einen heiteren Abend für die Kunstgemeinde des Bezirksamtens Prenzlauer Berg, der in der Aula der Schule Poststrasse 46 stattfand. Die Vortragsfolge brachte eine geschickte Auswahl der großen und kleinen Dichtungen des unsterblichen Humoristen, so vor allem „Die fromme Helene“, deren Wirkung durch gute Lichtbilder noch gehoben wurde, das Märchen aus der Lüneburger Heide „Die alte Stüchse“, einiges aus der „Kritik des Herzens“, aus den „Haarheuteln“ und anderes. Die Vortragende besitzt ein gut geschultes, weiches, modulationsfähiges Organ, das durch eine glänzende Mimik unterstützt wird. So gelang es ihr, alle Schattierungen der Dichtungen, das Rote und Radschliche, das Erzieherische und Ironische zu voller Geltung zu bringen. Die zahlreich erschienenen Hörerschaft unterhielt sich köstlich und spendete reichlich Beifall.

Gepanzerte Pferde im Stierkampf. Der scheußliche Anblick der blutenden Pferde, denen der kämpfende Stier den Leib ausgerissen hat, und die mit herporquellenden Eingeweiden in der Arena herumtaumeln, bis sie sterbend zusammenbrechen, hat endlich auch in Spanien selbst solchen Widerwillen ausgelöst, daß die öffentliche Meinung immer energischer auf Abstellung dieses grausamen Spektakels drang. Unter diesem Druck hatte der spanische Minister des Innern im vorigen Dezember Versuche angeordnet, die darauf abzielten, die von den Picadores gerittenen Pferde durch einen wirklichen Panzer vor dem Hornstoß des Stieres möglichst zu schützen. Zur Erlangung geeigneter Modelle für diese Rüstungen war ein öffentliches Preiswettbewerb erlassen worden, das zur Einreichung von Modellen bis zum 31. Januar aufforderte. Das Ausland hat sich an dem Wettbewerb nicht beteiligt. Von den eingesandten Vorschlägen kamen drei aus Madrid und je einer aus Santander und Salamanca. Die Rüstungen sollen noch während der diesjährigen Stierkampfsaison, die im nächsten Monat beginnt, auf ihre Brauchbarkeit hin praktisch

erprobt werden. Man hofft, daß die Aussicht, durch den Panzer die Zahl der Todesopfer unter den Pferden zu vermindern, die weitere Folge haben wird, daß statt der elenden Klepper, die sowieso der Abdeckeri verfallen sind, fortan kräftigere und bessere Pferde den Picadores in den Stiergefechten zur Verfügung gestellt werden.

Es muß der Sänger mit dem Flugzeug gehen. Ein vielversprechendes Experiment, das uns noch viel zu schaffen machen dürfte, ist in New York vorstatten gegangen: Eine gewaltige Menschenmenge, die sich im Columbus Circle versammelt hatte, hatte das Bemühen, eine Romanze anzuhören, die der Baritonist John Thomas vom Bord eines zu einer Höhe von etwa 1400 Metern emporgestiegenen Flugzeuges auf die Erde losließ. Dank einem neuen Apparat, der die Uebermittlung der Töne zwischen Aeroplan und Erde möglich macht, konnte die Stimme des Sängers deutlich gehört werden. Der starke Wind und der Riesenerker bereiteten den zur Erde herniederfallenden Melodien nicht das geringste Hindernis. Das Publikum konnte dann auch noch eine Rede, die vom Flugzeug aus gehalten wurde, mit anhören. Hervorragende Sachverständige der Akustik wohnten dem Experiment bei und freuten sich. Natürlich plant man bereits die systematische Uebertragung ganzer Konzertprogramme zwischen Himmel und Erde, und es stehen uns schwere Tage bevor.

Amerikanische Schmutz- und Schundbekämpfung. Aus New York wird gemeldet: Starke Polizeiaufgebote drängen in drei Broadway-Theater ein, wo folgende Stücke gespielt wurden: „Geschlecht“, „Die Gefangene“ und „Der reine Mensch“. Sämtliche Schauspieler, Theaterdirektoren und Autoren wurden verhaftet, weil man in der Aufführung dieser Stücke eine Unterwühlung der Moral der Jugend sah. Die Verhafteten wurden noch in der Nacht dem Richter vorgeführt. — Unseren Schmutz- und Schundtampen wird bei dieser Nachricht das Herz im Leibe einen Schimm tangen. Aber nur Geduld: wenn sich der Bürgerblock bei uns weiter befestigt hat, werden sie in Deutschland ähnliches erleben.

Gestaltungsdwang. In der neuesten Nummer des „Simplissimus“ lesen wir: Fräulein Lisbeth ist unter den Einfluß der Rassenlehre geraten. Jüngst will sie mir beweisen, wie vertrieben sich eine und dieselbe Sache bei Angehörigen verschiedener Rasse auswirkt. „Es gibt doch unfeigbar Menschen“, baziert sie, „die einen lebhaften Gestaltungsdwang mit den Händen haben.“ Ich stimme zu. Nun, sehen Sie, ruft sie triumphierend, ist ein solcher Mann Jude, dann wird er Börsianer, ist er aber Arier, dann bringt er es nur zum Vizekanzler und Reichjustizminister bringen. Redaktion des „Vorwärts.“

„Meine Reisen in Jentrollen (Länder, Völker und blühende Kunst)“ lautet das Thema eines Lichtbildervortrages, den Dr. Cohn-Vener auf Einladung der Volkshöhe am Sonnabend, dem 12. abends 8 Uhr, im Hörsaal des Kunstgeweremusums hält. Ein weiterer Vortrag am 19. köhnt sich an. Unlaktanten zu jedem Vortrag zum Preise von 70 Pf. in den Verkaufsstellen der Volkshöhe.

Der Diktator verhaftet die Revolutionäre. Ende der Kämpfe in Portugal.

Madrid, 9. Februar. (Eigener Bericht.) Die Madrider portugiesische Botschaft gibt nach aus Lissabon erhaltenen Nachrichten heute bekannt: „Die von Politikern organisierte Revolution, die am 3. Februar in Oporto begann, war am 7. Februar niedergeschlagen und das revolutionäre Komitee verhaftet.“

Am 7. Februar erfolgte in Lissabon ein Aufstand von drei Kompagnien republikanischer Schutzwache, vereint mit Matrosen und Zivilisten, die gegenwärtig das Marinearsenal besetzt halten, das von den Regierungstruppen belagert und angegriffen wird. Sonst herrscht Ruhe im Lande. Das Heer hat der Regierung Treue bewiesen.“

Nachrichtensperre und Verkehrsstreik.

Paris, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Telegraphen- und Telefonverbindung mit Portugal ist nach wie vor unterbrochen. Auch die Eisenbahnen streiken weiter, so daß der gesamte Verkehr völlig lahm liegt. Es ist deshalb kein Wunder, wenn über die Zustände widersprechende Meldungen einlaufen. Die Nachricht, daß Oporto seit 24 Stunden wieder im Besitz der Regierung sei, berührt merkwürdig, als die amtlichen Stellen selbst darüber bisher eine entsprechende Nachricht nicht verbreitet haben. In Oporto sollen sich während der Beschießung durch die Regierungstruppen schreckliche Szenen abgespielt haben. Tote und Verwundete sollen zu Hunderten die Straßen bedecken. Es geht u. a. das Gerücht, daß Oporto auch von Flugzeugen mit Bomben bombardiert worden ist, wobei zahlreiche Gebäude, darunter auch das Theater, zerstört worden seien. Ueber die Lage in Lissabon verlautet nichts Bestimmtes.



Zur Revolution in Portugal

Der Regierungsel, berührt merkwürdig, als die amtlichen Stellen selbst darüber bisher eine entsprechende Nachricht nicht verbreitet haben. In Oporto sollen sich während der Beschießung durch die Regierungstruppen schreckliche Szenen abgespielt haben. Tote und Verwundete sollen zu Hunderten die Straßen bedecken. Es geht u. a. das Gerücht, daß Oporto auch von Flugzeugen mit Bomben bombardiert worden ist, wobei zahlreiche Gebäude, darunter auch das Theater, zerstört worden seien. Ueber die Lage in Lissabon verlautet nichts Bestimmtes.

Matteotti-Platz in Wien.

Ein Schreiben der italienischen Genossen an den Bürgermeister Seitz.

Die Gemeinde Wien hat den großen Platz in dem neuen Viertel, das durch die Verbauung der Sandlilien in Ostarring entstanden ist, nach Giacomo Matteotti, dem italienischen Märtyrer, der von den Faschisten hingerichtet wurde, Matteotti-Platz genannt. Die Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter, die jetzt ihren Sitz in Paris hat, hat nun an den Bürgermeister Seitz folgendes Schreiben gerichtet:

Wien, die große sozialistische Hauptstadt, hat nach Giacomo Matteotti den Platz eines der Viertel benannt, die sie zum Wohle der eigenen Arbeiterschaft mit bewunderungswürdigem Eifer beispielgebend geschaffen hat. Das kann, Herr Bürgermeister, Ihre italienischen Genossen nicht gleichgültig lassen.

Eure große sozialistische Hauptstadt ist wahrhaftig der Zukunft würdig, der sie entgegengeht, der fortschreitenden Erhebung zur Menschwürde der Arbeitermassen, sie ist würdig der Zukunft, die glänzender sein wird als unter der alten kaiserlichen und königlichen Herrschaft. Nun, da die Stadt die Schrecken des Weltkrieges vergessen hat, feiert sie den italienischen Märtyrer des Kampfes gegen die Arbeiterklasse und weist so den Weg zur internationalen proletarischen Befreiung.

In dieser Handlung der im Sozialismus und für den Sozialismus wiedergeborenen Stadt Wien liegt auch eine Prophezeiung: wie sie sich wieder aufrichtete, so wird auch das Italien der Arbeit sich wieder erheben!

Sowohl das alte Lied wird sich gegen den inneren Unterdrücker abermals als wahr erweisen: Der italienische Knüttel wird Stahlen nicht zähmen!

Die Italiener, die das Grot gewöhnt haben, um frei zu sein und für ihr Land und für den Sozialismus weiterzukämpfen, empfangen aus dieser Prophezeiung die große Lehre: die Auferstehung der Völker aus allen Trümmern und allen Unterdrückungen kann nur das Werk des Proletariats sein.

An der Verherrlichung unseres großen Toten entzünden sich von neuem die Hoffnungen der Lebenden und sie haben das Bedürfnis, Ihnen den Ausdruck ihrer tiefsten Dankbarkeit zu erneuern und Ihnen den Gruß aller Sozialisten Italiens zu erbleiten, die die wirklichen Vertreter des italienischen Proletariats sind, gebengt, aber nicht bezwungen! Sie bitten Sie auch, den Gruß dem sozialistischen Wien und seinem kämpfenden, treuen Proletariat zu übermitteln.

Für den Vorstand der Sozialistischen Partei der italienischen Arbeiter:
Modigliani.

Die Folgen des Säbelrasselns.

Unruhe in der russischen Arbeiterschaft.

In seiner bekannten Rede auf der letzten Konferenz der Moskauer kommunistischen Organisation hatte sich Bucharin nicht mehr mit den üblichen schablonenhaften Auswüchsen über die „Eintrittspolitik“ begnügt, die die imperialistischen Mächte, mit England an der Spitze, gegenüber der Sowjetunion durchzuführen. Bucharin hatte vielmehr durch seine Warnrufe den Eindruck einer unmittelbar heranziehenden Angriffsfahrt erwecken wollen. Kehtlich kriegerisch hatte sich der Kriegsminister Woroschilow geäußert. Jetzt ernten die beiden Herren die Saat, die sie gesät haben. Eine gründliche Beunruhigung ist entstanden. Wie groß die Unruhe ist, die beinahe an eine Panik

Der Block des Großkapitals.

Wirtschaftsverkrustung und Bürgerblock — und die Arbeiterschaft?

Der Block der Rechtsparteien, der jetzt die neue Regierung bildet hat und unterstützt, vertritt in seinem politischen Programm eine Reihe von schönen Forderungen. Man redet viel von Volksgemeinschaft, vom Christentum, von sozialem Mitleid und ähnlichen Dingen. Sieht man sich den Block näher daraufhin an, welche Kreise hinter ihm stehen, so sind es zum allergeringsten Teil Arbeiter, die sich ihrer Stellung als eigene Klasse in der modernen Wirtschaft bewußt sind. Wohl verbannt eine große Zahl von Abgeordneten der Deutschnationalen, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei ihre Mandate der Tatsache, daß diese Arbeiterwähler sich für die Industriellen und Großgrundbesitzer einfangen lassen — ganz abgesehen von dem sogenannten Mittelstand, der noch immer nicht erkennen will, wie sehr er mit der Arbeiterklasse auf Gedeih und Verderb verknüpft ist. Aber unter den Arbeitern, die den bürgerlichen Parteien Gefolgschaft geleistet haben, gibt es bereits stark, wie wir aus dem Runde christlich-nationaler Gewerkschaftler es bis zum Ueberdruß gehört haben.

Tatsächlich sind die Rechtsblockparteien die Sachwalter der großkapitalistischen Interessen in Industrie und Landwirtschaft.

Bei den Deutschnationalen gibt der unter Führung des Großgrundbesitzes führende Reichslandbund den Ton an. Die Deutsche Volkspartei bezeichnet sich selbst als die Partei der Industriellen. Diese beiden haben dem Zentrum das Diktat aufgezwungen, sich an einer Rechtsregierung zu beteiligen und gerade im Zentrum ist der Zwiespalt und die Unsicherheit über die nächsten und ersten der noch jungen Regierung am allergrößten. Denn früher oder später werden jene Arbeiterwähler merken, daß diese Partei des religiös eingestellten katholischen Volksteiles sich mit keiner Zustimmung zur Rechtsregierung in den Dienst einseitiger kapitalistischer Interessen gestellt hat. Ein großer Teil von Führern dieser Partei, besonders der gewerkschaftlich geschulten Organisationsmänner, weiß, warum es geht:

Der Rechtsblock ist — darüber können keine noch so hochtönende Redensarten hinwegtäuschen — der Block der Besitzenden zur Sicherung und Steigerung der Bodenteile und des Kapitalprofits.

Diese Sicherung der Besitzenden gegen die breiten Massen der Besitzlosen erschien den Schöpfern des Bürgerblocks im gegenwärtigen Zeitpunkt notwendiger als je. Ein Millionenheer von Arbeitslosen staut sich vor den Arbeitsnachweiser ruft nach dem ihm in der Verfassung verprochenen Recht auf Arbeit und Brot. Die glücklicheren Arbeitnehmer, die auch in der Zeit der Krise ihre Beschäftigung erhalten haben, sehen von der wachsenden Teuerung und von der Mietpreissteigerung ihr Recht auf einen angemessenen Reallohn gefährdet. Der ständig wachsende Unwille der Massen mußte sich früher oder später in politischen Entscheidungen von großer Tragweite zum Nachteil des Besitzes äußern, wenn eine unter Ritterantwortung der Arbeiterschaft waltende Regierung das Staatsgeschick zu leiten hätte. Mit jedem Tage, den die unerhörte Wirtschaftskrise weiter dauert, wachsen diese Ansprüche der breiten Massen. Man verlangt den vollen Ertrag der Arbeit und mit Recht: denn es ist ein unerhörter Zustand, daß die Industrie Millionen auf Millionen verliert, indem sie ihre Produktionskosten durch die Rationalisierung herabsetzt, während gleichzeitig die breiten Massen des Volkes nicht ausreichend entlohnt werden, um das Notwendigste zu ihrem Lebensunterhalt und den bescheidensten Anteil an der modernen Zivilisation bestreiten zu können, während gleichzeitig Millionen von Menschen unbeschäftigt bleiben, weil die übrigen arbeitenden Volksgenossen nicht genug kaufen können.

Die Kapitalkonzentration in der Industrie.

Als Karl Marx vor fast acht Jahrzehnten zum erstenmal auf das automatische, immer stärker hervorbreitende Anwachsen der Kapitalmacht hinwies und mit den der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden Gefahren begründete, da gab es viele Gelehrte und noch mehr Laien, die der neuen Lehre kopfschüttelnd und ablehnend gegenüberstanden. Es wollte ihnen einfach nicht in den Kopf, daß der arbeitswillige Mensch in dem hochentwickelten Organismus der kapitalistischen Wirtschaft eine andere Rolle spiele als der Nutznießer der Kapitalrente. Jeder Tüchtige hatte nach ihrer Meinung die Bahn zu seinem Erfolg frei.

Heute ist es das statistische Reichsamt, das uns sagt, wie recht Karl Marx gehabt hatte. Staunend steht der Arbeiter vor den gewaltigen Komplexen von Betrieben, in denen er seinen Lohn verdient. Man glaubt meistens, daß irgendeine Hand eines führenden Menschen diesen Betrieb beherrscht und in Ordnung halte. In Wirklichkeit ist es anders.

Mehr als die Hälfte der größeren deutschen Unternehmungen — wenn man ihre Kapitalmacht ins Auge faßt —, nahezu zwei Drittel unterliegen heute nicht mehr der Führung eines einzelnen, sondern sind Glieder irgendeines Konzerns.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war der Generaldirektor sozusagen Angehöriger seiner Aktionäre. Heute ist der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft in Betrieben beschäftigt, die durch die Zusammenballung des Kapitals miteinander verknüpft, von einander abhängig sind. Nicht nur der Generaldirektor ist Angestellter seines Betriebes, sondern der Betrieb selbst ist nur ein Glied, ein Nadelwert in dem Getriebe von Kräften, die der einzelne meistens nicht

kann und deren Erfolgsmessstab der Profit, die Dividende, der Gewinn ist. 65,1 Proz. des deutschen Aktienkapitals wird so verwaltet. Nur der Gewinn entscheidet. Ob gleichzeitig Hunderttausende vor den Toren der Fabriktore stehen und nach Arbeit suchen, ob die im Betriebe beschäftigten Arbeiter einen auskömmlichen Lohn beziehen, alles das sind Fragen zweiten und dritten Ranges. Das Kapital verlangt seinen Zins, der Aktionär seine Dividende. Das Volk, die lebende Arbeitskraft ist nur Werkzeug, nur Mittel zur Erzielung dieses Profits.

Die Statistik, der wir diese interessanten Tatsachen verdanken, ist jedoch dem Reichstag als Denkschrift über Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926 vorgelegt worden, der vor etwa zwei Jahren eine derartige Untersuchung gefordert hatte. Die Aufstellung umfaßt nur die in Aktiengesellschaften organisierten Unternehmungen, weil nur diese genau kontrolliert werden können. In der umfangreichen Schilderung der einzelnen Konzerne konnte ferner der Besitz der Kapitalgruppen an anderen Unternehmungen gewürdigt werden. Auch die Statistik der Aktiengesellschaften hat den Mangel, der sich bei einer gegenseitigen Verschachtelung der einzelnen Unternehmungen zwangsläufig ergab. Eine Zahl von Gesellschaften ist nämlich nur Verwalter des Aktienkapitals anderer Unternehmungen. Aber selbst wenn man diese Unzulänglichkeiten der Statistik berücksichtigt, ergeben sich ungeheuer interessante Aufschlüsse.

In der statistischen Uebersicht sind gezählt 12.392 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 20,3 Milliarden Mark.

Allein die beiden Rieseunterstützungen der deutschen Industrie, der Kall- und der Chemietrust, also nur zwei der 12.392 Unternehmungen, verfügen über fast 2 Milliarden Mark, also ein Zehntel des ganzen verantwortlichen Gesellschaftskapitals.

Ganz deutlich zeigt es sich, daß die Zusammenschlüsse und Interessengruppierungen am stärksten bei denjenigen Betrieben sind, die infolge der technischen Organisation am meisten zum Großbetrieb neigen. Besonders treten hier die Kohlenstoffindustrien hervor. Von den Aktiengesellschaften des Kohlenbergbaus sind nur noch knapp 10 Proz., von der des Braunkohlenbergbaus knapp 5,5 Proz. noch als selbständige Gesellschaften anzuzählen. Alle übrigen sind konzernmäßig gebunden. Ausschließlich von Konzernunternehmungen beherrscht wird die Kallindustrie. Aber auch die mächtig emporgestiegene chemische Industrie ist bereits zu 82,7 Proz. ihrer größeren Betriebe konzernmäßig zusammengelassen. Bei der Farbenindustrie spielt die Einzelunternehmung fast gar keine Rolle mehr, denn hier sind von 61 Aktiengesellschaften mit 1147 Millionen Mark Kapital allein neun Gesellschaften, die ein Aktienkapital von 1105 Millionen Mark verwalten, konzernmäßig gebunden, so daß nicht weniger als 95,3 Proz. der chemischen Aktiengesellschaften nicht mehr als selbständig angeprochen werden können.

Weniger stark zu Konzernen verbunden, sind die Betriebe der eigentlichen verarbeitenden Industrie, am wenigsten die Holzindustrie; aber auch in der Metallindustrie, im Maschinen- und Apparatebau ist der Anteil der selbständigen Betriebe größer als in der sogenannten Schwerindustrie. Dagegen ist wieder

die elektrotechnische Industrie eine Domäne des Konzernbetriebes. Hier sind 86,9 Proz. des erfassten Aktienkapitals oder 63 Gesellschaften mit 555 Millionen Mark Kapital in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander oder in der Abhängigkeit von einzelnen wenigen Kapitalgruppen. Bei den Banken ist etwa ein Viertel der Betriebe, immer wenn man ihre Kapitalgröße berücksichtigt, noch als selbständig anzuzählen. Das restliche Viertel gehört den Konzernen.

So ergibt sich das Gesamtbild, das wir bereits angedeutet. Von den 20,3 Milliarden Mark Aktienkapital, die von der Statistik beleuchtet werden und die sich auf 12.392 Betriebe verteilen, sind rund zwei Drittel des Kapitals in demjenigen Sechstel der Betriebe, das zu Konzernen gehört.

Aber selbst die sehr weitgehende Darstellung der Denkschrift zeigt nur einige der Fäden auf, durch die der kapitalistische Block zusammengehalten wird. Konzerne, Trusts und Interessengemeinschaften sind nur ein Teil der Mittel zur Beherrschung der Industrie. Weitere Mittel stehen den Banken als Kreditgeber, den Kartellen als Preisregler zur Verfügung.

Im Grunde sind es ganz wenige Menschen, die heute wirklich noch die Wirtschaft dirigieren und dazu den gewaltigen Apparat der Konzerne und Einzelgesellschaften benutzen.

Zeigen schon die unzulänglichen Aufschlüsse des statistischen Reichsamts, wie eng die Interessengruppierung der einzelnen Betriebe und Gesellschaften geworden ist, so wird das noch klarer erkennbar, wenn man die anderen Machtmittel berücksichtigt.

Begünstigt durch Krieg und Inflation hat sich das Großkapital zu einem einheitlichen Block zusammengeschwächt, der als geschlossene Macht der Arbeiterschaft gegenübersteht. Es entspricht dieser ökonomischen Entwicklung, daß der größte Teil des Bürgerblocks die Interessengruppierungen dieses Blocks und die ihnen nahestehenden Interessen der Großlandwirtschaft ihrem politischen Herrschaftswillen dienstbar machte, den Block des Kapitals und der Wirtschaft steht der Rechtsblock der Regierung zur Seite. Wenn sie, so muß jetzt die Masse der Hand- und Kopfarbeiter einsehen, daß sie ihre eigenen Interessen gegenüber diesem Block nur wahren kann, wenn sie sich zu ebenso festgelegten und kampfbereiten Organisationen zusammenschließt.

grenzt, zeigen die neuesten Reden der bolschewistischen Führer in Moskau und in Leningrad.

In Moskau sah sich Woroschilow in der am 23. Januar stattgefundenen vereinigten Sitzung der freiwilligen, halbamtlichen Organisationen „Koiachim“ und „DSD“ gezwungen, sich über die Frage der Kriegsgefahr zum zweitenmal zu äußern: „Nach meiner und Bucharins Reden — führte er aus — habe ich eine unzählige Menge von Zuschriften und mündlichen Anfragen folgenden Inhalts erhalten: „Wird es wirklich losgehen? Wann wird der Krieg ausbrechen? Was ist denn eigentlich geschehen? Warum sind Sie, Bucharin und Kowlow, mit so bestimmten Erklärungen über die drohende Kriegsgefahr aufgetreten? Wer wird den Anfang machen? Wer soll uns angreifen?“ Alle diese Zuschriften und Anfragen — fuhr Woroschilow fort — sowie die Besprüche, die in den Fabriken geführt werden, sind sehr charakteristisch und symptomatisch. Sie legen ein überdeutliches Zeugnis davon ab, daß unser Land sich psychologisch (ich sage nicht organisatorisch) so sehr demobilisiert habe, so sehr in den Frieden hineingewachsen ist, daß das Verteidigungsproblem, wenn es auch in einer noch so harmlosen Weise in dem einen oder anderen Vortrag berührt wird, unverzüglich eine Panik und Bestürzung herbeiruft.“

Woroschilow beantwortete die Frage der Kriegsgefahr mit dem schablonenhaften Hinweis auf die Vorbereitungen Englands, das „unverhüllt“ seine „Basissen“, d. h. die Randstaaten, gegen Sowjetrußland rüstet. („Pravda“ Nr. 21.) Aber gleichzeitig muß Woroschilow selbst zugeben, daß die allgemeine Militarisierung der Arbeiter und Bauern schon an sich eine Kriegsgefahr bedeute: „Die Gefahr liegt, leider, darin, daß wir durch diese Abwehrmaßnahmen unsere Nachbarn und die ganze internationale Bourgeoisie anscheinend provozieren.“ So blieb Woroschilow nichts übrig, als zu versichern: „Was uns anbetrifft, so beabsichtigen wir nicht loszuschlagen und werden auch nicht losgeschlagen. Wir schwören bei allem, was euch heilig ist, daß wir es nicht tun werden.“

Gerichte für das Ockapital. Das mexikanische Bundesgericht fährt mit der Erlassung von Verfügungen fort, durch die die Anwendung der Petroleumgesetze suspendiert wird. Die mexikanische Petroleumgesellschaft erhielt einen Gerichtsbefehl, durch den der Regierung verboten wird, die erteilten 125 Lizenzen zur Bohrung nach Petroleum zurückzuziehen.

Die vor den Toren.



Ein Gutshaus im Berliner Häusermeer.

Wer sieht es dem kleinen, unscheinbaren und wahrhaftig nicht sehr gepflegten Hause vor dem Prenzlauer Tor wohl an, aus welcher „guten Familie“ oder besser — welche große Familie aus ihm stammt? Denn das ist das Stammhaus der Familie Böhlow, deren vierbrauender Zweig den Berliner zum mindesten dem Namen nach ganz gut bekannt ist. Nun steht es da wie ein eben geduldeter alter Verwandter, halb erdrückt von den Brandmauern der Uffingergasse Wirtschaftsgelände und ist doch eigentlich das Häuschen über dem Quell des früher in der „Torgegend“ fast sagenhaften Reichtums der Böhlow — damals sah es freilich auch noch anders aus! Bis weit in die Saarbrücker Straße dehnte sich ein großer, parkähnlicher Garten und hinter dem kleinen Herrenhause lag der große Wirtschaftshof mit Scheunen, Laubenschlag und Brennerei, und noch vor etwas mehr als zwanzig Jahren war das alles in Betrieb! Denn die Böhlow waren eine alte Ackerbauernfamilie, die mit der Zeit ein schönes Gut zusammengeschafft hatte, so daß der alte Herr „Amtmann“ Böhlow am Anfang des 19. Jahrhunderts über fast alles Land zwischen dem Prenzlauer Tor und Weißensee gebot. In den Gründerjahren stieg der Wert der Grundstücke ungeheuerlich, und als der „Windmühlberg“ vor dem Prenzlauer Tor bebaut war, war auch das Vermögen der Böhlow gemacht. Die Söhne des „Amtmanns“ hatten denn auch begriffen, daß Land, das Steine trägt, mehr Geld bringt, als man aus dem schütter stehenden Roggen lösen kann. Und als die Bebauung mitten auf dem Prenzlauer Tor stockte, da stifteten sie zum Entzücken der kirchentrommenden Auguste Viktoria das Land für die Immanuelkirche, damit die Immanuelkirchstraße durchgelegt und so ihr Hinterland der Bebauung erschlossen wurde. Dann gab's eine großartige Einweihungsfeierlichkeit der neuen Kirche, und es ergoß sich ein Ordensregen. Der alte Hermann Böhlow, der den Gutshof damals noch

bewirtschaftete, soll in seinem Bauernstolz den Kronenorden vier Güte aber ganz respektlos in die Westentasche gesteckt haben. Ungefähr ein Jahrzehnt später aber war das alte Haus verlassen und die Familie Hermann Böhlow war tiergartenfähig geworden. Der schöne Garten verwilderte, ein Stück ums andere wurde an die Uffinger-Gesellschaft für ihre Wirtschaftsgrundstücke verkauft. Auch das alte Haus verfiel — sogar das Portäl war herausgerissen. Aber die Wohnungsnot fleg immer mehr, und schließlich gab die Stadt sehr gern einen Zuschuß, als das alte Gebäude für Wohnzwecke zur Verfügung gestellt wurde. Die Fliedersträucher verkrüppelten im Schatten der hohen Brandmauern, die Amazone ist von ihrem Hügel genommen, und das alte, gemütliche Herrenhaus steht mit trübseligem Gesicht auf das Gemüse, das der Gärtner im ehemaligen „Teppichboel“ zieht, mit einem Gesicht, als dächte es trampfhaft nach über eine Predigt zu dem Text: „Undank ist der Welt Lohn...“

Kölnischer Händchen-Theater in Berlin.

Auf der Ausstellung Deutscher Rhein — Deutscher Wein, die am Sonntagabend in der Funkhalle am Kaiserdamm eröffnet wird, hat sich auch das berühmte Kölnische Händchen-Theater niedergelassen. Es ist eine eigene feine Marionettenkunst, die hier geboten wird. Das Puppenpiel erlebt heute bei allen Völkern eine Wiederauferstehung. Puppenprinzipale und Puppenspieler von Bedeutung haben eine wahre Renaissance des Puppenspiels heraufgeführt. Erst kürzlich hat Berlin ebenso wie andere große deutsche Städte dem „Teatro dei Piccoli“ zugejubelt. Dann kam Brann mit seinem trefflichen Marionetten-Theater Münchener Künstler. Beide Theater vertreten die kunstgewerbliche Entwicklung und Verfeine-

rung der alten Marionette. Ganz anders ist das alte Kölner Händchen-Theater zu werten: es vertritt die volkstümlich herbe Form eines bodenständigen Puppenspiels, wie es außer Köln bis vor einiger Zeit nur noch Antwerpen in dem „Boesenellender“ besaß, und Hamburg, Sachsen und Italien besitzen. Technisch ist das Kölner Händchen-Theater eine Besonderheit. Während die Marionette von oben an Fäden gelenkt wird und deshalb meist vorsichtig tastende Bewegungen hat, steht Händchen mit einem Eisendraht im Leibe fest auf der Erde und hat schlagkräftigste Energie der derben Aktion. Etwas von dem fesselnden Reiz der alten improvisierten Komödie kann im Händchen deshalb fortleben, weil der Puppenführer zugleich auch der Sprecher ist, und der dialektische Rhythmus seiner urwüchsigsten Heimatssprache sich unmittelbar auf die Puppe über ihm überträgt.

Sichert die Zukunft!

Am heutigen Abend werden sich Tausende und aber Tausende im Sportpalast versammeln, um gegen die Bürgerblockregierung zu protestieren, die sie in ihrem echten unverfälschten volkstümlichen Gefühl als eine Provokation der Republik empfinden. Proteste sind nur dann begründet, wenn nicht eine winzige Mehrheit, sondern ein großer und starker Teil des Volkes sich an ihnen beteiligt. Kein Gegner der Sozialdemokratie kann leugnen, daß sie die Massenpartei des deutschen Volkes geworden ist.

Und doch ist die Sozialdemokratie nicht die Partei der Volksmehrheit, sie ist heute noch nur die Partei einer starken Volksminderheit. Dieser Tatsache verdankt auch die Bürgerblockregierung ihre Entstehung. Wohl ist die Zahl der Wähler, die die Sozialdemokratie an ihren Kampftagen an ihre Fahnen zu fesseln vermochte, groß. Aber sie ist nicht groß genug, um im Reichstag eine einwandfreie Mehrheit zu schaffen. Wenn jeder, der heute Abend in den Sportpalast geht, in jedem Augenblick, der günstig ist, für die Partei würde und das als seine heiligste Aufgabe betrachtete, die Massenpartei des arbeitenden Volkes zu fördern, dann müßte sie eines Tages im Parlament zu einer Macht anwachsen, die es auch dem erbittertesten Gegner der Republik unmöglich machte, eine Regierung zu schaffen, deren Befehlen für den Bestand der Republik zum mindesten recht fragwürdig ist. Dieses Eintreten für die Partei und nicht zuletzt auch für ihre Presse, die im vorersten Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft steht, ist es, was jeder aufrechte Sozialist von seinem Mitgenossen fordern muß und immer wieder fordern wird. Nicht oft genug kann betont werden, daß die Presse der Schildträger im Kampf des arbeitenden Volkes, im Kampf um die Ausgestaltung der Republik ist. Zwecklos ist zu behaupten, daß die Republik im Augenblick nicht unseren Forderungen genüge. Niemand wird einen Rohstoff, der an sich für irgendein Fertigprodukt geeignet ist, verworfen, weil es eines gewissen Arbeitsaufwandes bedarf, um ihn zu formen und das aus ihm zu schaffen, wozu Menschengeist ihn bestimmte. Die Republik ist in ihrer gegenwärtigen Form für uns der Rohstoff, aus dem wir den sozialen Staat der Zukunft schaffen wollen. Diese Arbeit ist unendlich schwer. Kein Mäherfolg berechtigt uns dazu, mühsam zu werden oder unsachliche Kritik zu üben. Er berechtigt nur zur Anspannung aller Kräfte, zur sachlichsten Kritik, um die Wege aufzuzeigen, die zu unserem Ziele führen. Er fordert geradezu heraus zum engsten Anschluß an die Gemeinschaft, an die Partei als den Stützpunkt derjenigen, die den Glauben haben an den Zukunftserfolg, die den Willen haben, an ihm mitzuarbeiten. Diesen Glauben vorzubereiten, das sind die Aufgaben solcher gewaltigen Protestkundgebungen, wie sie die Sozialdemokratische Partei am heutigen Abend im Berliner Sportpalast veranstaltet. Der Protest gegen die Regierung des Bürgerblocks ist zugleich die erste Mahnung für alle, die der Sozialdemokratie in ihren Zielen nahesteht, einzutreten in die Millionenpartei des arbeitenden Volkes. Nur so kann die Zukunft der Republik und des sozialen Staates, nur so kann die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen gesichert werden.

Winterglanz.

Von Hermann Hesse.

Nun war vier Nächte und drei Tage fast ununterbrochen Schnee gefallen, ein guter feinstöckiger, haltbarer Schnee, und in der letzten Nacht war er glashart gefroren. Wer nicht täglich vor seiner Tür gefegt und geschaukelt hatte, war jetzt belagert und mußte zur Hölle greifen, um Hauseingang, Kellertor und Kellertufen freizulegen. So war es vielen im Dorf gegangen und sie werkten murrig vor ihren Häusern in Schafstiefeln, mit Fausthandschuhen und mit Wolltüchern um Hals und Ohren gewickelt. Die Ruhigen streuten sich, daß der Schnee vor dem großen Frost gekommen war und ihnen die bedrohten Winteraafelder schülte. Aber hier wie anderwärts sind die Ruhigen in der Winterzahl, und die meisten schimpfen über den allzu harten Winter, rechnen einander ihren Schaden vor und erzählen Schauererzählungen von ähnlichen strengen Jahrgängen.

Aber im ganzen Dorf waren kaum zwei oder drei Leute, zu denen dieser wunderbare Tag nicht von Sorgen und Kummer, sondern vielmehr von Freude, Glanz und Gottes Herrlichkeit sprach. Wer irgend konnte, der blieb im Haus und Stall, und wer etwa hinaus mußte, der wickelte Frostschlappen um Kopf und Seele und ließ seine Schnauze keine anderen Wege gehen als zurück zur verfallenen Ofenbank, wo zwischen den grünen Röhren die gegossene eiserne Wärmplatte glühte. Und doch war es ein Tag, dem die Stadtleute keinem Maler glauben würden, viel jubelnder, blauer und blendender als der lachendste Hochsommerstag. Der Himmel stand rein und blau bis in unendliche Fernen offen, die Wälder schloßen unter dickem Schnee, die Berge blendeten wie Blitze oder leuchteten rötlich oder hatten lange, märchenblaue Schatten an, und zwischen allem lag blaugrün der noch nicht gefrorene See, spiegelhell in der Nähe, und in der Ferne dunkelblau und schwarz, von glänzenden, schneeweißen Landzungen rings umfaßt, auf welchen nichts Dunkles war als die dünnen und frierenden Reihen kalter, nackter Pappelstämme. Und durch die Luft und den unendlichen Himmel schwärmte prahlend und schwelgerisch das ungeheure Licht, von jedem Hügel, von jeder Matte und von jedem Stein im Sonnenglanz zurückgeworfen und verdoppelt. Es schimmerte in ungeborenen Bögen über weiße Flächen hin, glühte am Wald und in fernen Bergen in goldenen Bändern auf, suchte in haarfeinen Blitzen diamantenen und regenbogenfarbig durch die Lüfte, ruhte fast und süß auf gelbem Schilf und in den grünen jenseitigen Seebuchten aus und machte sogar alle Schatten mild, bläulich, weiß und wesenlos, als müßte heute an diesem Tag des Glanzes jeder letzte widerstrebende Flecken mit Heiligkeit durchdrungen und gesättigt werden.

An solchen Tagen ist es unmöglich, an ein Nachwerden zu glauben, und wenn am Ende doch die Dämmerung sinkt, ist es ein Märchen und Wunderwerk, zu sehen, wie all der glühende und süßne Blatz sich langsam hingibt, müde wird und eine Kälte sucht, obwohl noch diesen Tagen auch die Nacht, selbst wenn kein Mond scheint, niemals völlig dunkel werden. Und auch darum sind solche Schneetage so lang, weil der reine Winterhimmel und die Unabdingbarkeit des Lichtes uns klein und froh und zu Kindern macht, so daß wir

noch einmal die Erde im Glanz der Schöpfung sehen und noch einmal ohne Bewußtsein der Zeit wie Kinder hinleben, von jeder Stunde überrascht und keines Aufhörens gewärtig.

So ging es mir, als ich gegen Ende dieses Tages, von einer weiteren Wanderung zurückkommend, beim Verlassen des schon finsternen Waldes mein Dorf im roten Abenddunst dahingefahren sah. Ich hatte schneidend kalte Höhen besucht, von denen ich Hügelzüge, Wälder, Ackerland, See und ferne blanke Alpengipfel betrachtete, und war durch totenstille, bläuliche Winterwälder gestreift, wo außer dem ängstlichen Seufzen überladener Stämme kein Laut zu hören war. Ich hatte im Bergwald den roten, vorsichtigen und doch dreisten Fuchs und am schiffigen Ried die dunklen Widbenten beschaupelt, war über eine Stunde lang einem Schwarzspecht nachgelaufen, und hatte an einer tief verwehten Hügellehne die kleine Leiche einer eritoronen Gollammer gefunden. An einer bevorzugten Stelle hatte ich, zwischen roten Föhrenstämmen hindurch, den wie ein Juwel glänzend breiten Rücken des Gärtnerfisches gesehen, war auf dem doppelten Bodenboden meiner Winterhose manchen schrägen Hang hinabgeschlittelt und den ganzen Tag, mit Ausnahme eines Forstbüblers, keinem Menschen begegnet. Aber allein war ich nicht gewesen.

Und nun schritt ich ermüdet und fröhlich heimwärts in der rosig zunehmenden Dämmerung, ein wenig steil in den Beinen und ziemlich ausgehungert, aber innig zufriedener. Biedel Tage gibt es denn in unserem Leben, die einen Schatz bedeuten und von denen wir wissen, daß sie gut, rein und köstlich waren und daß wir die nicht vergessen werden? Heute war so ein Tag, so ein rein, köstlicher, unergötzlicher, und der ist oft hundertmal gelebt und vergessene Tage wert.

Und in der Dämmerung, auf der schneebedeckten, blaugelblich geteten Landstraße ging etwas Kleines vor mir her, das ich einzuholen suchte. Als es noch vielleicht hundert Schritte von mir entfernt war, erkannte ich es als einen kleinen Buben, der auf dem Kopf die viel zu große Rebellkappe seines Vaters und in der Hand einen leeren Eimer trug. Im selben Augenblick, da ich ihn deutlich zu sehen vermochte, begann ich auch, ihn zu hören, er sang nämlich. Eine Weile suchte ich vergeblich zu erraten, was er singe, denn er ging wegen der Kälte sehr rasch und ich hörte nur vereinzelte Töne. Dann kam ich ihm näher und hielt mich von da an unbemerkt hinter ihm. Er lief eilig, die linke Hand tief in die Tasche geböhrt und er stolperte öfters auf der rauhen und ungleich gefrorenen Straße. Aber er sang unaufhörlich, eine Viertelstunde und eine halbe Stunde lang und vielleicht noch länger, bis wir am Dorf waren und er in die erste, schon dunkle Gasse verschwand.

Immer mußte ich nachdenken und mich besinnen, was für ein Lied das doch wäre, das der Kleine sang. Es klang wie ein rechtes Abendlied zu diesem Tage, wie ein Lied aus unergötzlicher Reue, dennoch fernen, dunkelgemordenen Kinderzeiten. Der Knabe sang keine Worte, er sang nur la, la, la, aber es war immer dieselbe Melodie, nur wenig verändert, jedesmal ein klein wenig anders, la-la, la-la, und die Melodie war so bekannt, so selbstverständlich, daß ich leise mitsingen mußte. Aber das Lied konnte ich nicht. Biedel ist es doch eine vergessene Kindermelodie gewesen. Ich glaube

aber nicht. In solchen Wundertagen, wo Gott an jedem Wegrande gegenwärtig ist, hört man viel Töne und sieht viel Dinge, die einem oft gehört und oft gesehen und uralte wohlbekannt erscheinen, und man hat sie doch nie gehört und nie gesehen.

Wilhelm und die schöne Otero.

Der Pantomimendichter von Gottes Gnaden.

In den vor kurzem erschienenen „Erinnerungen“ der spanischen Tänzerin Otero (Hamburg, Gebr. Enock, Verlag) finden sich einige recht hübsche Episoden aus der Zeit des Berliner Aufenthalts der Otero. Die Tänzerin, die in den Kreisen des Hofadels und der Finanzaristokratie zahlreiche Freunde besaß, erzählt, daß sie durch Vermittlung ihres Freundes Lord Rawson auch die Bekanntschaft Wilhelms II. machte. In Berlin sprachen die drei oft zusammen. Die Otero berichtet dann weiter:

„Wilhelm II. war sehr lebenswürdig und gegen mich von vollendeter Höflichkeit. Aber seine Lebenswürdigkeit schien ganz an der Oberfläche zu liegen, man spürte durch seine Nase, doch er hat, herrschsüchtig und wenig sympatisch war. Mich nannte er die „Kleine Wilde“, und er war oft verletzt von meiner Unbekümmertheit. Ich muß gestehen, daß ich niemals verstanden habe, zu schmeicheln, und im Umgang mit dem Kaiser mußte man diese Kunst vollkommen beherrschen. Ich sprach mit ihm so offen wie mit aller Welt, und das schien ihn oft zu ärgern.“

Trotz dieser kleinen Zusammenstöße hielt Wilhelm den Verkehr mit der schönen Tänzerin aufrecht. Ja, er ging sogar so weit, für sie eine Pantomime „Das Modell“ zu schreiben.

„Ich führte sie“, erzählt die Otero weiter, „mit Paul Brand auf. Ein Bildhauer suchte ein Modell für ein Werk, von dem er träumte, und er findet keine Frau, die seinen Idealen entspricht. Eine Zigeunerin kommt zu ihm betteln; er will sie wegschicken, da sie ihm lästig ist; da bemerkt er, wie schön sie unter ihren Lumpen ist, und sieht ein, daß er niemals eine Frau finden könnte, die seinem Traumideal so nahe kommt. Madame Landolf hatte mir für die Rolle dieser Zigeunerin ganz herrliche Lumpen zurecht gemacht. Der kaiserliche Autor beglückwünschte mich zu meiner Darstellungsmittel und war sehr glücklich über den Erfolg, den ich in meinem Werk hatte.“

Die Episode, über die die Otero hier berichtet, bezieht sich auf die letzten Jahre vor dem Weltkrieg. Man sieht, daß Wilhelm damals sehr vielseitig war. Trotz der Mühe, die ihm die Abfassung seiner berühmten „Randbemerkungen“ zu den Berichten seiner Botschafter machte, fand er doch Zeit, auch eine Pantomime für die schöne Otero zu verfassen. Der operettenhafte Zug in ihm war so stark, daß er sogar den durch höfliche Etikette begrenzten Rahmen seiner offiziellen Tätigkeit sprengte. Nur schade, daß dieser Operettenkaiser nicht seinen eigentlichen Beruf als Schmeichelembdiant ausübte, sondern „von Gottes Gnaden“ berufen war, die Gefühle eines großen Volkes zu lenken. H. S.

